

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden.
Verlagsnummer 28 241.
Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.
in Dresden bei täglich zweimaliger Auslieferung oder durch die Post bei täglich zweimaliger Versand monatlich 30.- M., vierteljährlich 90.- M.

Schreibleitung und Hauptgeschäftsstelle
Martenstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Meyl & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Annahme verzinslicher Bareinlagen.
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Hinterlegungsgstelle von Wertpapieren zwecks Einlösung von Zins- und Gewinnanteilscheinen.
An- und Verkauf fremder Goldsorten.
Schlachthofring 7 • Wettinerstr. 56, Großmarkthalle • Eliasplatz 3 • Kaiserstr. 11 • Zweigniederlassung: Bautzen, Theatergasse 8

Dresdner Handelsbank

Aktiengesellschaft

Ostra-Allee 9, im „Haus der Kaufmannschaft“

Scheckverkehr.
Einziehung und Ankauf von Wechseln.
Kreditverkehr gegen Wertpapiere und Waren.
Vermietung von feuer- und einbruchssicheren Stahlwänden unter Verschluss des Mieters und Mitverschluss der Bank.

Zwei Strömungen im Anleiheauschuss.

„Der Kataklysmus des Reparationsproblems.“

Paris, 9. Juni. Die Morgenpresse glaubt berichten zu können, im internationale Anleiheauschuss hätten sich gestern zwei Strömungen geltend gemacht. Die eine Richtung gehe dahin, unter vollkommener Anerkennung der Schwierigkeiten, die sich augenblicklich der Realisierung der internationalen Anleihe entgegenstellen, die Zukunft dadurch vorzubereiten, dass Empfehlungen von positiverm Charakter ausgearbeitet werden. Die andere Richtung, die nach dem „Petit Parisien“ vorgeherrschend haben soll, und für die Morgan eintritt, verzieht die Auffassung, man müsse, damit der Misserfolg nicht offenbar werde, einen Bericht vorbereiten, um die Bedingungen festzulegen, unter denen später die Anleihe durchgeführt werden könnte. Das Blatt sagt: Es befinde also die Hoffnung, dass der Bericht, den der Ausschuss vorbereite, wenn er auch wenig ermutigend für die Gegenwart sei, doch für die Zukunft möglich werde. Obwohl die Ablehnung eines Teiles der deutschen Schuld und der internationalen Kriegsschulden unmöglich erscheine, und Morgan einen solchen Schritt bei dem augenblicklichen Stand der öffentlichen Meinung in Amerika nicht empfehlen könne, so werde doch wenigstens der Bericht des Anleiheauschusses vielleicht den Weg zur Realisierung dieser internationalen Abrechnung ebnen.

Der „Petit Parisien“ fügt hinzu: Allerdings müsse man wissen, welche Haltung Deutschland einnehmen werde. Alle Anstrengungen, die augenblicklich in Paris unternommen würden, würden vergeblich sein, wenn, wie die aus Berlin eintreffenden Nachrichten befürchten lassen, dass die deutsche öffentliche Meinung oder wenigstens ihr einflussreichster Teil, jetzt der Anleihe feindlich gesinnt wäre. Man lehne es ab, dem Glauben zu schenken. Denn Deutschland würde durch eine beratige Haltung oder, wenn es aus den augenblicklichen Schwierigkeiten einen Grund herleiten sollte, um seine am 31. Mai übernommenen Verpflichtungen in Frage zu stellen, wieder eine Zeit der Sanktionen unter Zustimmung der Gewalt eröffnen.

Nach dem „Cevre“ ist auch gestern im Ausschuss die Ansicht ausgesprochen worden, man könne einen Ausweg vorschlagen, der, ohne die Gesamtschuld Deutschlands herabzusetzen, wenigstens seine Zahlungen für eine Reihe von Jahren vermindere. Es sei nicht wahrscheinlich, dass dieser Plan angenommen werde. Andere wieder seien für eine kleine Anleihe von höchstens etwa einer Milliarde Dollar eingetreten, die Deutschland wenigstens für einige Jahre Ruhe bringen dürfte. Endlich sei vorgeschlagen worden, dass der Anleiheauschuss nicht auseinandergehen solle, ohne wenigstens in theoretischer Form die Bedingungen für die Mobilisierung der deutschen Schuld durch eine internationale Kreditoperation festzulegen. Das Blatt nennt die Vorschläge eine Art Kataklysmus des Reparationsproblems zum Gebrauch des Chefs der allierten Regierungen. Aber der Kataklysmus sei auch das Testament des Anleiheauschusses. Das Blatt hofft, dass der Ausschuss ent-

gegen der Obstruktion der französischen Politiker ein praktisches und bleibendes Werk hinterlasse. (W. I. B.)

Verlängerung des Moratoriums bis 1930?

Paris, 9. Juni. „Eclair“ teilt mit, dass die Mehrheit der Reparationskommission unter Führung Bradburys beabsichtige, wenn jetzt keine Anleihe zustande kommen sollte, das Moratorium bis 1930 zu erstrecken, wogegen die durch den Berliner Vertrag ausdrücklich ermächtigt ist. Die Mehrheit der Reparationskommission wolle dadurch die neue Beunruhigung der Weltwirtschaft vermindern, die das Scheitern der Anleiheverhandlungen zunächst verursachen müsste. Sie wolle aber auch auf den Realismus Frankreichs einen erheblichen Druck ausüben.

Der Sturm gegen die Befugnisse des Anleiheauschusses.

Paris, 8. Juni. Zu dem gestrigen Beschluss der Reparationskommission schreibt der „Temps“: Der Anleiheauschuss befindet sich in einer paradoxen Lage. Einberufen hat man ihn zur Vorbereitung einer für die Reparationszahlungen bestimmten Anleihe. Auf eine von ihm gestellte Frage hin trennten sich jedoch drei der Gläubiger von dem vierten, der in die Minderheit geriet. Die drei Gläubiger stellen 40 Prozent der Gesamtschuld dar, das in die Minderheit geratene Frankreich aber 52 Prozent. Vom politischen Standpunkt aus ist der internationale Anleiheauschuss nach wie vor der Mandatar einer Mehrheit, denn die Antworten, die er erhalten hat, weisen die Unterschriften dreier von vier Delegierten auf, die in der Reparationskommission Sitz und Stimme haben. Vom finanziellen Standpunkt aus aber arbeitet der Ausschuss nur noch im Auftrag einer Minderheit. Nun sind die Bankiers und Finanzleute keine Politiker. Man versteht also ihre Verlegenheit.

Das „Journal des Debats“ schreibt: Selbst, wenn es dem Bankierausschuss gelang, einen Anleiheplan aufzustellen, ist es eine ausgemachte Sache, dass der Reparationskommission keinerlei Initiative bei der Auslösung dieser Anleihe zusteht. Ferner hat Poincaré gestern im Senatsauschuss für auswärtige Angelegenheiten erklärt, dass die französische Regierung als Hauptbedingung verlangen werde, dass die Anleihe keinerlei neue Verbindung der französischen Forderung zur Folge habe. Die zwischen der Reparationskommission und dem Anleiheauschuss eingeleiteten Unterhandlungen scheinen also in eine Sackgasse zu führen. Der Anleiheauschuss wird das zweifelloso einsehen und wir würden uns nicht wundern, wenn er seine Mission als beendet betrachte.

Wieder ein Vertrauensvotum für Poincaré.

Paris, 9. Juni. Die französische Kammer hat eine Tagesordnung, in der es heißt: „Die Kammer billigt die auswärtige Politik der Regierung“ mit 209 gegen 67 Stimmen angenommen. (W. I. B.)

zu mehrern. Er hatte mich sofort wieder vergessen, dessen bin ich sicher.“
Schon aus diesem ersten Bericht kann man ersehen, in welcher Weise der gefährliche Deutschhater seine Reise nach Deutschland ausschlagen wird.

Der spanische König über die vorbildliche deutsche Armee.

Madrid, 9. Juni. Eine Rede des Königs von Spanien, in der er für die spanische Armee das Beispiel der deutschen Armee angerufen hat, hat in Madrid großes Erkennen hervorgerufen. In der spanischen Kammer wird erklärt, dass die schwerwiegenden Worte des Königs eine ernste politische Debatte zur Folge haben könnten. Der spanische König hatte in seiner Rede ausgeführt, dass obwohl Deutschland im Kriege unterlegen sei, er für seine eigene Armee nur die deutsche zum Beispiel nehmen könne, und dass er vor allem darauf dringe, in der spanischen Armee die vorbildliche deutsche Disziplin einzuführen.

Rathenau beim Reichskanzler in Stuttgart.

Berlin, 9. Juni. Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Rathenau, ist gestern abend nach Stuttgart abgereist, wo auch der Reichskanzler eingetroffen war. Die „Deutsche Allg. Zig.“ nimmt an, dass beide eine Aussprache über wichtige aktuelle außen- und innenpolitische Fragen haben werden. Der Reichskanzler wird voraussichtlich Sonnabend wieder in Berlin sein.

Die Hochzeit im serbischen Königshaus.

Belgrad, 9. Juni. Gestern vormittag fand in der Kathedrale die kirchliche Trauung des Königs Alexander mit der Prinzessin Mariola von Rumänien statt. Als Traugeuge fungierte der jüngste Sohn des Königs von England, Prinz Georg. In der Kirche waren Vertreter fast aller souveränen Staaten anwesend, u. a. für Frankreich General Franchet d'Espèrey, für die Tschechoslowakei Dr. Benesch, für Italien der Prinz von Udine, für Spanien Infant Alons, und für Deutschland der Besatzungs-... (W. I. B.)

Der Wert der deutschen Rapallo-Politik.

Berlin, 9. Juni. Der „Vol.-Anz.“ veröffentlicht über den Rapallo-Vertrag die Ansichten eines Mannes, der an der Vorbereitung des Vertrages hervorragend beteiligt war und ebenso berufen sein wird, auch an seiner Durchführung an leitender Stelle mitzuarbeiten. Es heißt darin: Wer von dem Vertrage schon heute wirtschaftliche Vorteile für Deutschland erwarte, überschätze die gegenwärtige Leistungsfähigkeit Rußlands vollständig und übersehe, daß diese sich mehr und mehr dem Nullpunkte nähert. Die russische Ausfuhr komme infolge des völlig zerstörten russischen Transportwesens für uns heute kaum in Betracht. Als Einfuhrland verliere Rußland andererseits immer mehr an Bedeutung, je mehr seine Zahlungsmittel schwänden, falls es nicht auswärtige Kredite erhalte. Der Rapallo-Vertrag bleibe im wirtschaftlichen Sinne also vorläufig nur ein Stück beschriebenes Papier, aber er schaffe eine Zukunftsbasis, die aus einem hervorragenden Einfluß auf die innere Fortentwicklung an die Hand gebe. An einen politischen Umsturz und die Errichtung eines bürgerlichen Regimes in absehbarer Zeit will der Gewährsmann des „Vol.-Anz.“ nicht recht glauben. Dazu seien die alten Staatsgrundlagen allzu radikal zerstört und die russische bürgerliche Gesellschaft infolge Hungers und Elends zu sehr zerrüttet. Das bolschewistische Regime werde aber in wirtschaftlicher Hinsicht fraglos um so schneller bürgerlich-kapitalistische Formen annehmen, als es immer mehr mit der Weltwirtschaft in Berührung gerate. Auch das politische Regime habe in letzter Zeit mildere Formen angenommen. Obgleich sich die verhängten Fische im Zustande des Abbaues befinden, sei es heute in Moskau immer noch sicherer als in Berlin, und das Morde und Rauben sei dort nicht so an der Tagesordnung, wie in der deutschen Reichshauptstadt.

Zusammenfassend sagte der Gewährsmann des „Vol.-Anz.“, daß Rußland für die Beschäftigung deutschen Kapitals schon heute ein äußerst auskömmliches Bild biete. Leider zeige sich der deutsche Unternehmungsgeist noch sehr zurückhaltend. Der deutsche Unternehmer, der früher in seinen Kalkulationen den Risiko-Koeffizienten einzukalkulieren pflegte und mit ihm rechnete, wolle sein Geld heute riskolos arbeiten lassen. Dadurch müsse er, soweit jedenfalls Rußland in Betracht komme, gegenüber dem französisch-englisch-amerikanischen Unternehmer früher oder später ins Hintertreffen geraten. Rußland könne natürlich nicht von heute an morgen, auch nicht in zehn Jahren, wirtschaftlich wiederhergestellt werden, aber die Nation, die als erste die Hand daran biete, werde auch die ersten Früchte aus diesem Wiederaufbau für ihr Land ernten.

Der Prozeß gegen die russischen Sozialrevolutionäre.

Moskau, 9. Juni. Der Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre hat begonnen. 61 Personen sind als Zeugen geladen. Den ersten Bericht erstattete Madet, indem er erklärte, daß man jedenfalls das Todesurteil für die Partei der Sozialrevolutionäre aussprechen würde. Die von der Sowjetregierung eingeleitete Sonderkommission zur Prüfung der Zustände in den Gefängnissen Rußlands und der Ukraine hat ihren Bericht fertiggestellt. Es geht daraus hervor, daß in den Gefängnissen der Gouvernements Drow, Jaroslaw, Charkow und Kiew seit Jahr und Tag keinerlei Wasserversorgung und Abwässerung mehr besteht und die Zellkörper völlig unbrauchbar geworden sind. Die Gefangenenzellen sind seit fünf Jahren nicht mehr gereinigt worden und wimmeln von Ungeziefer. Nach einer Statistik vom Justizkommissariat veröffentlichten Steckbrief befinden sich zurzeit in Rußland 47 000 politische und 49 000 andere Gefängnisse in den Gefängnissen.

Vor dem Zusammenbruch Oesterreichs?

Wien, 9. Juni. Es geht das Gerücht, der Pariser Oberste Rat habe mit der tschechoslowakischen Regierung Fühlung genommen wegen Übernahme eines internationalen Mandats, das für den Fall eines politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs in Oesterreich sofort wirksam werden soll. Benesch habe jedoch abgelehnt. Nach einer Depesche des „Neuen Wiener Tageblattes“ gibt man sich in Prag keiner Täuschung darüber hin, daß die Katastrophe Oesterreichs auch das Sinken der ganzen europäischen Neuordnung bedeuten würde. Denn es würde sich klar und unwiderleglich herausstellen, daß die Friedensverträge einen völlig unhaltbaren und unmöglichen Zustand geschaffen haben. In Prag denkt man an die vorübergehende Übernahme der Verwaltung Oesterreichs durch sämtliche Signatarmächte.

Ein erschütterndes Beispiel französischer „Friedens“-Politik. Staaten müssen zurunde gehen, weil man ihnen die Lebensfähigkeit raubt, nur um blinder Dohlpolitik zu genügen. Auch keine auswärtige Diktatur wird dem existenzunfähigen haantlichen Geblide zu längerem Leben verhelfen, wenn man nicht endlich aus der grausenamen Wirklichkeit die Konsequenzen zieht und den Anschluß als letzte Rettungsmöglichkeit freiläßt.

2400 Kronen täglich Arbeitslosenunterstützung.

7000 Kronen für ein kilo Fleisch in Wien.
Wien, 9. Juni. Die Arbeitslosenunterstützung ist von 940 Kronen auf 2400 Kronen täglich erhöht worden. Gleichzeitig ist der Preis für ein Zweipfundbrot von 940 auf 1400 Kronen, für Rindfleisch um 1000 Kronen für das kilo auf über 2000 Kronen gestiegen.

Northcliffe's erster Bericht nach der Deutschlandreise.

Lord Northcliffe, der Herausgeber der „Times“ und der „Daily Mail“, schildert in diesen Zeitungen die Eindrücke, die er von seiner Reise durch das Rheinland gewonnen hat. Er beginnt damit, daß ihm schon beim Ueberschreiten der Grenze durch den elegant gekleideten Zollbeamten ein freundlicher Gruß bereitet wurde. Deutschland selbst sei seine Heimat im besten Sinne. Besonders auffallend sei die große Menge der werdenden Mütter.

Me er nirgends in so großer Anzahl und so stolz gesehen habe. Northcliffe schreibt er: „Seit der Abschaffung der Armee hat man den jungen Männern gesagt: Geht heim und mehr die Bevölkerung.“ Offenbar erfüllen sie ihre Pflichten. Selbst in Japan und Rußland sieht man nicht so viele Kinder, die sorgfältig gepflegt sind, und alle sind weit besser angezogen, denn je zuvor. Die kleinen Läden der Dörfer sind gefüllt mit guten Waren. Ueberall sieht man neue Häuser.“ Northcliffe erwähnt, daß ein rheinischer Baumeister ihm erklärt habe, daß deutsche Baugewerbe sei niemals so beschäftigt gewesen als gegenwärtig, und daß ein großer Mangel an Ziegelsteinen und sonstigem Baumaterial. Als Northcliffe beim Abschied von dem Baumeister diesem seine Karte überreichte, hätte dieser gesagt: „Sie sind kein Freund Deutschlands.“ Northcliffe erwiderte: „Ich warnte England davor, daß der Krieg mit Deutschland kommen würde. Ich warnte Deutschland, daß Amerika in diesen Krieg eingreifen würde. Aber niemand wollte mir glauben. Ich habe häufig die Tapferkeit der Deutschen gelobt, die Aufopferung der Maschinengewehrabteilungen und die wunderbaren, wenn auch abstoßenden Leistungen der Flieger, deren Aufgaben weit gefährlicher waren, als wir seinerzeit glaubten. Ich bin nach Deutschland gekommen, um die Tatsachen zu ermitteln.“ Der deutsche Baumeister erwiderte: „Nun, schließlich sind all diese Kriege seit langem beendet.“ Er kredite mir seine Hand hin. Aber

da ich keinem Deutschen die Hand schüttelte, sag er sie zurück, schlug mit den Händen zusammen, verbeugte sich und ging fort, um an seinen Aufgeben, sein Vermögen...